

E-14

Titel Frieden für den Jemen

AntragstellerInnen Emmendingen

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

1 Die Jusos Baden-Württemberg fordern...

2 • ein öffentliches Bekenntnis der Bundesregierung, sich in Zukunft stärker für Frieden im Nahen Osten, ins-
3 besondere im Jemen einzusetzen. Dazu gehört eine Aufforderung an die anderen europäischen Staaten, dies
4 ebenfalls zu tun.

5 • die endgültige Aufhebung der Jemen-Blockade für Lebensmittel und medizinische Versorgungsgüter. Außer-
6 dem eine deutliche Erhöhung der Hilfsgüter, die von Europa und Deutschland für den Jemen gestellt wer-
7 den.

8 • das Einsetzen der Bundesregierung für mehr Diplomatie. Nur ein Dialog zwischen den verschiedenen jeme-
9 nitischen Gruppierungen kann zu einem Ende des Konflikts führen.

10 • Einen vollständigen Stopp der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien.

11

12 **Begründung**

13 Seit 2015 herrscht in Jemen ein blutiger Bürgerkrieg zwischen der (mehr oder weniger entmachteten) jemeni-
14 tischen Regierung und den schiitischen Huthi-Rebellen. Dabei wird der Konflikt von umliegenden arabischen
15 Staaten, insbesondere von Saudi-Arabien geschürt. November 2017 wurde, nach einem Raketenangriff der
16 Huthi-Rebellen auf die saudische Hauptstadt Riad, eine Blockade über den Jemen gelegt. Flughäfen und Gren-
17 zen wurden dicht gemacht. Seitdem kommen kaum noch Nahrungsmittel und medizinische Versorgungsgüter
18 in das Land. Es droht eine riesige humanitäre Katastrophe.

19 Die Tatsache, dass in Deutschland erneut die Augen verschlossen werden, wenn es darum geht, bei einem
20 Konflikt im Nahen Osten für Frieden einzutreten, ist traurig. Das Verschließen der Augen vor diesem Konflikt-
21 feld kann so nicht weitergehen. Eine mangelnde Medienpräsenz des Jemen-Konflikts sorgt dafür, dass uns
22 Bürger*innen der Bundesrepublik gar nicht bewusst ist, wie fatal die Situation vor Ort ist.

23 Bei Ausbruch der Flüchtlingskrise war Europa überrumpelt, obwohl Expert*innen solche Auswirkungen schon
24 Jahre zuvor angekündigt hatten. In Irak und Syrien wurde nichts getan. Die nächste große Welle von Kriegs-
25 flüchtlingen wird aus dem Jemen kommen. Um dies zu verhindern, muss jetzt etwas unternommen wer-
26 den.

27 Abgesehen von den langfristigen Folgen die eine steigende Eskalation des Jemen- Konflikts nach sich ziehen
28 würde, trägt die Europäische Union auch eine Verantwortung für die Notlage der Zivilbevölkerung. Die Über-
29 zeugung eines jeden demokratischen Staates muss es sein, dass jedes Leben lebenswert ist und jedes Leben
30 vor Krieg und Tod geschützt werden muss. Als Folge dessen muss endlich ein Stopp der Waffenlieferungen
31 an Saudi-Arabien erfolgen. Ansonsten stellen wir die Rolle der Bundesrepublik als Wirtschaftsmetropole über
32 das Leben tausender Menschen. Dieser Zustand muss nun ein Ende haben.